Publikation: tbhb **Pagina:** 2 **Ist-Farben:** cmyk0
Ressort: tb-th **Erscheinungstag:** 22. 9. 2014 **MPS-Planfarben:** cmyk

ZUR SACHE

Zweierlei Mass

Das Vorrücken der Terror-Miliz Islamischer Staat (IS) in Syrien hat die grösste Flüchtlingswelle in die Türkei seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs ausgelöst.

Vor sechs Wochen waren es irakische Jesiden, die von den Terroristen des «Islamischen Staates» in ihrer Existenz bedroht wurden. Nun werden syrische Kurden von den IS-Psychopathen mit entsetzlicher Gewalt vertrieben. Zur Rettung der Jesiden hatten amerikanische Kampfflugzeuge die vorrückenden IS-Milizen bombardiert. Die eindringlichen Hilfsappelle der syrischen Kurden werden dagegen ignoriert. Dabei wäre die Gelegenheit zum Eingreifen jetzt günstig. Die Stellungen des IS liegen auf dem Präsentierteller. Vermutlich würden sogar einige gezielte Warnschüsse ausreichen, welche auch die türkische Armee mit ihrer Artillerie abfeuern könnte. Schliesslich stehen die IS-Horden nur noch 15 Kilometer von der Grenze entfernt, die auf syrischer Seite vermutlich schon bald von den Jihadisten kontrolliert werden wird.

Doch nichts passiert. Der IS ist in den Augen der westlichen Welt zwar ein Krebsgeschwür. Es darf sich aber weiter ausbreiten, weil die meisten syrischen Kurden mit der PKK und ihrer Tochter PYD die falschen Parteien, Terrororganisationen, unterstützen. Dass die PYD-Milizen massgeblich zur Rettung der Jesiden beigetragen haben, scheint vergessen. Ein militärisches Eingreifen zugunsten der syrischen Kurden kommt nicht in Frage, weil die USA ihren türkischen Bündnispartner nicht vor den Kopf stossen wollen.

Dabei wäre es an der Zeit, der Türkei eine Warnung zukommen zu lassen. Schliesslich ist Ankaras Umgang mit den IS-Jihadisten undurchsichtig. Ihr Vormarsch bedroht auch die Türkei. Mit den Kurden der PKK und PYD ist dagegen eine Verständigung möglich. Sie sollte mit militärischer Untätigkeit nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Michael Wrase
ausland@tagblatt.ch

PRESSESCHAU

Die Unabhängigkeitsabstimmung in Schottland gibt Anlass zu grundsätzlichen Überlegungen.

Schweiz am Sonntag Zur Abstimmung zugelassen waren auch die 60 000 in Schottland lebenden EU-Ausländer. Besonders umstritten war das nicht. Es bereicherte vielmehr die Debatte. Der lustvolle Abstimmungskampf der Schotten zeigt, dass es lohnenswert ist, neue Ideen zu denken. Das gilt für die Schweiz selbst auf einem Gebiet, das sie bereits besser beherrscht als alle anderen: der Demokratie.

NZZ am Sonntag Die blosse Möglichkeit der Abspaltung setzt den Staat unter einen permanenten Rechtfertigungsdruck: Er muss seinem Bürger beweisen, dass es sich für ihn lohnt, in diesem Gemeinwesen zu leben und sich nicht für ein anderes zu entscheiden, dass er mitbestimmen und den eigenen Staat demokratisch beeinflussen kann. Die potenzielle Sezession zwingt den Staat, aber auch auf der nächsthöheren Ebene die Europäische Union, zu mehr Bürgernähe. Das bringt Europa voran, auch wenn es aus der Sicht von Regierungen unangenehm ist. Das ist die schottische Lektion.

TAGBLATT

Gesamtverantwortung: Daniel Ehrat

Chefredaktion: Philipp Landmark (Chefredaktor); Silvan Lüchinger (stv. Chefredaktor; Leitung Ostschweiz am Sonntag); Bruno Scheible (stv. Chefredaktor; Regionalleiter); Jürg Ackermann (Blattmacher); Sarah Gerteis (Leitung Online-Redaktion)
Erweiterte Chefredaktion: David Angst (Leitung Thurgauer Zeitung); Daniel Wirth (dwi, Leitung St. Gallen/Gossau); Andreas Bauer (Dienstchef)

Verlag und Druck:
St. Galler Tagblatt AG, Fürstenlandstrasse 122
Postfach 2362, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 78 88

Leitung Marketing und Verlag: Christine Bolt

Verbreitete Auflage: WEMF 2013 111 285 Ex.

Inserate: Publicitas AG, Fürstenlandstrasse 122,
9001 St. Gallen. Tel. 071 221 00 21, Fax 071 221 03 30
www.publicitas.ch – E-Mail: tagblatt@publicitas.ch

Anzeigenleiter: Raphael Jud

Noch mehr Kohlendioxid

Trotz aller Klimamassnahmen nimmt der weltweite Ausstoss von Kohlendioxid weiterhin zu, wie neueste Studien zeigen, die gestern abend im Vorfeld des Klimagipfels in New York publiziert worden sind.

BRUNO KNELLWOLF/CHRISTIAN MIHATSCH

Der Klimawandel geschehe jetzt und habe reale Konsequenzen für uns Menschen, schreibt die UNO auf ihrer Webseite zum «UN Climate Summit 2014» in New York, zu dem UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon geladen hat. Zahlreiche Staatsoberhäupter und Wirtschaftsvertreter werden sich deshalb morgen zu einem Klimagipfel treffen, der Impulse für die grosse Klimakonferenz Ende 2015 in Paris geben soll. Dort soll dann ein wirksamer Weltklimavertrag mit mehr als 190 Staaten beschlossen werden.

Drei vor zwölf

Ein Feuerwerk an Studien war deshalb im Vorfeld des New Yorker Klimagipfels erwartet worden, welches zeigen soll, dass die Uhren nicht fünf vor zwölf, sondern eher drei vor zwölf stehen. Gestern abend war es so weit: An einer der neuen Studien, die im «Nature Geoscience» publiziert wird, war auch der Klimatologe Reto Knutti von der ETH Zürich beteiligt. Er sagt, dass die neusten Daten zum CO_2-Kreislauf deutlich zeigten, dass uns die Zeit für ein griffiges Klimaabkommen immer mehr davonlaufe. «Wir zeigen, dass die Emissionen einen neuen Höchststand erreicht haben und dass ohne massive Änderungen sich diese Trends über die nächsten Jahre fortsetzen werden, nur allein aufgrund des Wirtschaftswachstums», erklärt Knutti. Gehe dieser Trend weiter, schliesse sich die Türe für das weltweit angestrebte 2-Grad-Ziel.

«Immer noch nehmen die CO_2-Emissionen aktuell um rund 2,5 Prozent pro Jahr zu, trotz allen Diskussionen um den Klimaschutz», sagt der Klimatologe. Für das 2-Grad-Ziel sei aber die totale Menge Kohlendioxid, welche die Menschheit ausstossen darf, stark begrenzt. «Rund zwei Drittel dieses ‹Budgets› haben wir seit Beginn der Industrialisierung schon verbraucht. Mit heutigen Emissionen reicht der Rest gerade noch etwa dreissig Jahre.»

Leider hätten sich die in den Berechnungsmodellen angenommenen Verbesserungen in der Energieeffizienz und CO_2-Intensität in den vergangenen Jahren nicht wie erhofft bewahrheitet. «Die ökonomischen Modelle sind somit wohl zu optimistisch», sagt Knutti.

Bild: epa/Julien Warnand

Die Frau in Brüssel ist Teil des aktuellen weltweiten «People's Climate March».

Wachstum in Schwellenländern

Dass die Emissionen immer noch ansteigen, sei vor allem auf das enorme Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern zurückzuführen. Zudem nehme die CO_2-Intensität wegen neuer Kohle- und Gaskraftwerke für die Stromproduktion zu.

Weil die Emissionen noch steigen, hofft die UNO-Klimabeauftragte und ehemalige irische Präsidentin Mary Robinson, dass der Klimagipfel einen Kurswechsel einläutet: «Es geht darum, Entscheidungen zu treffen, die uns zurück auf einen Pfad bringen, der unter der 2-Grad-Grenze bleibt.» Das wichtigste Instrument, um dieses Ziel zu erreichen, sei ein CO_2-Preis. «Eine signifikante Zahl von Ländern und Unternehmen werden erklären, dass wir einen Preis für CO_2-Emissionen brauchen», sagt Robinson. Auf Ebene der Länder bestehen dazu zwei Möglichkeiten: Entweder sie erheben eine CO_2-Steuer wie sie in Chile oder Südafrika geplant ist. Oder sie führen eine Emissionshandelssystem ein wie die EU oder Kalifornien.

Gemäss Weltbank haben mittlerweile 39 Länder und 23 Bundesstaaten eine Steuer oder ein Handelssystem eingeführt oder stehen kurz davor. Mit Spannung wird insbesondere die Ankündigung von China erwartet. Chinas Nationale Entwicklungs- und Reformkommission hat letzte Woche einen Plan vorgestellt, im Jahr 2016 ein landesweites Emissionshandelssystem einzuführen.

Aber auch immer mehr Unternehmen haben einen internen CO_2-Preis. Viele Firmen wie etwa BMW oder Credit Suisse rechnen intern mit einem CO_2-Preis, wenn sie Investitionsprojekte evaluieren. Manche Unternehmen wie etwa Microsoft bitten ihre Abteilungen aber auch konkret für CO_2-Emissionen zur Kasse. Das so eingesammelte Geld wird dann in Projekte investiert, die andernorts CO_2-Emissionen senken.

Ersatzmittel wieder einschränken

Abgesehen vom CO_2-Preis wird es in New York Ankündigungen zur Finanzierung des Klimaschutzes in Entwicklungsländern und zur Reduktion von anderen Treibhausgasen als CO_2 geben. So wird erwartet, dass die EU und die USA den Einsatz von FKW (Fluorkohlenwasserstoffe) als Kältemittel weiter einschränken. Diese Stoffe ersetzen die ozonschädlichen FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffe) in Klimaanlagen oder Kühlschränken. Doch FKW sind 11 700mal klimaschädlicher als CO_2, und deren Produktion steigt rasant.

Zu reden gibt aber auch, wer dem Gipfel fern bleibt. Der chinesische Präsident Xi Jinping und der indische Ministerpräsident Narendra Modi schicken ihre Umweltminister. In-dien kritisiert, der Klimagipfel sei eine Initiative der Industriestaaten, um die Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bei den UNO-Klimaverhandlungen zu verwischen. «Es ist immer ein grosses Ding, wenn China und Indien entscheiden, nicht zu kommen. Diese beiden Länder müssen mit am Tisch sitzen, wenn Verhandlungen jemals für das Klima bedeutungsvoll sein sollen», sagt Energiespezialist Frank Maisano von der Anwaltskanzlei Bracewell & Giuliani. Noch deutlicher als China und Indien signalisiert derweil Saudi-Arabien was es vom Klimaschutz im allgemeinen und vom Klimagipfel im besonderen hält: Das Königreich schickt seinen Ölminister.

PODIUM

Augenmass wahren statt zur Jagd blasen

Die achtköpfige Flüchtlingsfamilie aus Eritrea, die in Hagenbuch ZH wohnt, macht Schlagzeilen: 60 000 Franken pro Monat soll die Familie die Gemeinde kosten. Vor gut einem Jahr gab der Fall Carlos zu reden. Auch dort verschlang die Betreuung des straffällig gewordenen Jugendlichen hohe Summen. In beiden Fällen haben private Firmen und Beratungsbüros Dienstleistungen für satte Honorare übernommen.

Sie illustrieren einen banalen Fakt: Die öffentliche Hand ist nicht nur der grösste Arbeitgeber der Schweiz. Sie vergibt auch, volkswirtschaftlich von eminenter Bedeutung, eine Vielzahl von Aufträgen. Das trifft nicht nur für die Informatikbeschaffung des Bundes zu, die zurzeit heiss debattiert wird, sondern auch für das Sicherheitsdepartement Ueli Maurers, die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation von Doris Leuthard oder den Asylbereich. In den neuen Betreuungszentren des Bundesamtes für Migration etwa ist die private Firma ORS der wichtigste Akteur. Wer im rechten Spektrum der Politik gegen Entwicklungshilfe, Asylwesen, Scheininvalide, Sozialschmarotzer oder den öffentlichen Verkehr polemisiert, blendet nur allzu häufig aus, in welchem Ausmass private Unternehmen in die Ausführung öffentlicher Aufträge involviert sind.

Keine Sozialhilfe-Auswüchse

Ein zweites Thema gerät angesichts der jüngsten Vorfälle in Vergessenheit: Wir haben es hier nicht mit Auswüchsen in der Sozialhilfe zu tun. Was zu reden gibt, sind fürsorgerische oder therapeutische Spezialprogramme oder amtlich verfügte Justizmassnahmen. Das hat jedoch wenig mit der Existenzsicherung durch die Sozialhilfe zu tun.

Der Fall Hagenbuch steht auch stellvertretend für überforderte Gemeinden.

Für Sozialhilfeleistungen werden in der Schweiz jährlich zwei Milliarden Franken ausgegeben. Im Vergleich zu den Gesamtaufwendungen für die Soziale Sicherheit in Höhe von 150 Milliarden sind dies nicht einmal zwei Prozent. Es gilt also, das Augenmass zu wahren statt zur Jagd auf die Armen zu blasen. Immerhin gibt es in der Schweiz mehr Millionäre (330 000) als Sozialhilfeempfänger (270 000). Der häufig beschworene Missbrauch soll nicht schöngeredet werden. Wie aber Ökonom Hans Kissling gerechnet hat, ist der Schaden, der dem Staat durch Steuerhinterziehung entsteht, 50- bis 100mal höher als jener, der durch Sozialhilfebetrug verursacht wird. Es ist also klar, wo durchgegriffen werden müsste.

Auslagerung ist problematisch

Der Fall Hagenbuch steht aber auch stellvertretend für überforderte Gemeinden. Die Sozialhilfe muss eine menschenwürdige Existenz sichern – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dies ist der Auftrag, der sich aus der Bundesverfassung ergibt. Die Kosten, die den Gemeinden entstehen, müssen gerecht verteilt werden. Es ist Aufgabe der Politik, einen Ausgleich zu schaffen. So wie es auch einen Finanzausgleich zwischen reicheren und ärmeren Kantonen gibt: Wer mehr für Sozialhilfe ausgeben muss, soll dafür entschädigt werden.

Ein letzte Lektion, die uns die Sozialvorfälle lehren: Die Auslagerung staatlicher Unterstützungs- und Betreuungsmassnahmen an private gewinnorientierte Firmen ist problematisch. Sie verwalten die Asylsuchenden oder die Armut nur. Ihr Interesse ist es, den Auftrag möglichst lange wahrnehmen zu können. An einer gesellschaftlichen Debatte über die Ausgestaltung der Sozialen Sicherheit sind sie nicht interessiert. Mit anderen Worten: Die Privatisierung solcher Aufgaben führt dazu, dass soziale Probleme aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwinden. Das rächt sich, und es ist sicher teurer. Regionale Kooperationen zwischen den Gemeinden würden mehr bringen.

Bild: pd

Odilo Noti
Leiter Kommunikation bei der Caritas

Anzeigen: Fahrzeugmarkt 16 Immobilien 16 Miete 16 Traueranzeigen 19 Ostevent 26 Service: Radio/TV 25 Kino 26 Wetter/Sudokus 27